



Monika Lazar

Mitglied des Deutschen Bundestages

Mitglied im Petitionsausschuss

Grüne Fraktionssprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Grüne parlamentarische Arbeit gegen Rechtsextremismus - Zwischenbilanz 16. Wahlperiode -

Rechtsextremismus bleibt als ernstes, gesamtgesellschaftliches Problem auch künftig auf der grünen Agenda. Angesichts der auslaufenden 16. Wahlperiode wollen wir nun eine Zwischenbilanz unserer Arbeit ziehen. Mit den Ursachen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus haben wir uns auf vielen Ebenen auseinandergesetzt. Es gelang uns, gesellschaftliche Debatten zu verstärken, Behörden für das Problem zu sensibilisieren, den Austausch zwischen Politik und Zivilgesellschaft zu vertiefen, Jugendliche altersspezifisch anzusprechen, Nazi-Strukturen zu schädigen und die Bundesprogramme vor Kürzungen zu bewahren.

Aus für Nazi-Organisationen!

In den vergangenen Jahren baute die extreme Rechte zunehmend Strukturen aus. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen konnte in dieser Wahlperiode dem organisierten Rechtsextremismus wirksame Schläge versetzen.

Wir übten so viel öffentlichen und parlamentarischen Druck auf die Bundesregierung aus, dass sie den Verein **"Collegium Humanum e.V."** mit seiner Teilorganisation **"Bauernhilfe e.V."** und den **"Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten"** im Mai 2008 verbot.

Parlamentarische Maßnahmen waren z.B.

- Kleine Anfrage „Nationale und internationale Verbindungen zur Leugnung des Holocaust“ (BT-DS 16/5081, Antwort BT-DS 16/5227),
- Antrag „Verbot des Neonazi-Schulungszentrums und Vereins ‚Collegium Humanum‘ prüfen“ (BT-DS 16/8214).

Lange engagierten wir uns zudem für ein Verbot der neonazistischen Kinder- und Jugendorganisation **„Heimatreue Deutsche Jugend e.V.“**, welche im März 2009 ebenfalls verboten wurde.

Parlamentarische Maßnahmen waren z.B.

- Kleine Anfrage „Aktivitäten des Vereins ‚Heimatreue Deutsche Jugend e.V.‘“ (BT-DS 16/5799, Antwort BT-DS 16/6044)
- Antrag „Verbot der Nazi-Jugendorganisation ‚Heimatreue Deutsche Jugend e. V.‘ prüfen“ (BT-DS 16/9801).

Solche Vereinsverbote sind wichtige Bausteine im Kampf gegen den organisierten Rechtsextremismus und bringen ihm finanzielle Nachteile. Allerdings genügen

repressive Strategien nicht. Aufgrund fehlender juristischer Voraussetzungen wäre etwa ein **NPD-Verbot derzeit nicht erreichbar**. Hier müssen wir die Bürgerinnen und Bürger vielmehr davon überzeugen, diese Partei nicht mehr zu wählen. Rassistische, antisemitische, intolerante Haltungen sind die Wurzeln des Problems Rechtsextremismus. Es ist erforderlich, in attraktiver Weise für demokratische Werte zu werben.

Kultur der Vielfalt stärken

Kultur kann präventiv gegen Rechtsextremismus wirken und ihn eindämmen. Rassistische, intolerante Einstellungen haben sich nicht nur in der Politik und Verwaltung, sondern auch in der **Alltagskultur** vieler Städte und Gemeinden etabliert. **Demokratische Bildungsarbeit** muss daher den ganzen Menschen ansprechen, ihn mit intelligenten, kreativen und lebensnahen Vermittlungsformen begeistern. Hier bieten sich interessante Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Politik und Kultur, die wir genutzt haben.

Kulturtour mit Serdar Somuncu

Insgesamt fünf Mal lud die Bundestagsfraktion 2006 zu einem **Kabarettabend mit Serdar Somuncu** mit anschließender Diskussion ein. Diese Veranstaltungsreihe fand an fünf verschiedenen Orten statt und brachte Kulturschaffende, VertreterInnen der demokratischen Bildungsarbeit und andere Interessierte zusammen. Der deutsch-türkische Kabarettist erteilte argumentativ und wortgewaltig bekennenden Nazis im Publikum eine Abfuhr, provozierte zum Hinterfragen eindimensionaler Weltbilder und zeigte, wie fröhlich das Werben für demokratische Werte vonstatten gehen kann.

Weitere Infos über die einzelnen Stationen: http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/dok/158/158258.mit_kultur_gegen_rechts.html

Jugendkulturtour mit dem Archiv der Jugendkulturen

Wir wollen verstärkt junge Menschen für unsere Demokratie gewinnen. Sie befinden sich in der Persönlichkeitsentwicklung und brauchen besonderen Schutz gegen rechtsextreme Menschenfänger. Um Jugendliche altersgerecht für politische Themen zu interessieren, führten wir gemeinsam mit dem „Archiv der Jugendkulturen e.V.“ eine **Veranstaltungsreihe** zu Jugendkulturen und Rechtsextremismus durch. Dabei kamen wir mit mehr als 500 Schülerinnen und Schülern locker ins Gespräch. Auch mit dem Lehrpersonal und lokalen Initiativen gab es viel hilfreichen Austausch. Die Tour hatte **acht Stationen in acht Bundesländern** und endete mit einer **Abschlussveranstaltung in Berlin**.

- Publikation unserer Fraktion: Broschüre „Vielfalt bringt's. Jugendkulturen fördern – Demokratie stärken“
- Antrag „Politische Bildung zur Stärkung der Demokratie und Bekämpfung des Rechtsextremismus weiterentwickeln“ (BT-DS 16/11201)
- Weitere Infos über die einzelnen Stationen: http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/dok/271/271854.hiphop_meets_bundestag.html

Rechtsextremismus differenziert bekämpfen

Rechtsextreme Ideologien sind in allen Altersklassen, Gesellschaftsschichten und unabhängig vom Geschlecht anzutreffen. Doch werden sie hauptsächlich bei jungen, ungebildeten Männern verortet. Die **Rolle von Frauen im neonazistischen Lager** wird häufig für gering gehalten – zu Unrecht. Denn Nazi-Frauen sind zunehmend selbst **politisch aktiv** und unterstützen rechtsextreme Organisationen auf vielfältige Weise. Um mehr Informationen darüber zu sammeln, veranstalteten Monika Lazar, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus, und Irmingard Schewe-Gerigk, frauenpolitische Sprecherin, am 20. Juni 2007 ein **Fachgespräch** im Deutschen Bundestag. Mit ExpertInnen analysierten wir die Problematik und tauschten uns über Lösungen aus. Wir fordern unter anderem:

- in die Forschungen über Rechtsextremismus den **Genderansatz** zu integrieren,
 - auf die aktuellen Entwicklungen in der Nazi-Szene zugeschnittene demokratische Angebote für Mädchen und Frauen zu schaffen,
 - die Befassung mit rechtsextremen Ideologien auch unter Genderaspekten in die Lehrpläne pädagogischer Studienrichtungen aufzunehmen,
 - auf Frauen und Kinder abgestimmte **spezifische Ausstiegsprogramme** aus der Nazi-Szene zu entwickeln, die auch Schutz vor häuslicher Gewalt einschließen.
- Weitere Infos: http://www.gruene-bundestag.de/cms/frauen/dok/188/188467.auch_frauen_aktiv.html

Nazi-Aussteigern helfen – Initiativen zuverlässig fördern

Wir wollen Opfern rechtsextremer Diffamierung und Gewalt helfen. Wichtige Anliegen dabei sind **Beratung und praktische Unterstützung für die betroffenen oder potentiellen Opfer**. Doch auch die Mitglieder neonazistischer Gruppierungen dürfen wir nicht aufgeben. Neben überzeugten Nazis findet man dort häufig Jugendliche mit kaum gefestigter Ideologie, die vor allem Anerkennung und Zugehörigkeit suchen. Sie brauchen Auswege. Die **Aussteigerinitiative EXIT** hilft seit Jahren Menschen, die mit dem Rechtsextremismus brechen wollen. Doch 2008 stand EXIT vor dem Aus. Ihr Förderantrag beim Bund war abgelehnt worden. Wir setzten uns für eine Weiterfinanzierung ein. Mit Mitteln des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“, in dem Monika Lazar Beiratsmitglied ist, gelang eine **Übergangsregelung für EXIT**. Nach vielen Protesten hat EXIT nun endlich eine Zusage für Förderung aus dem **XENOS-Programm „Ausstieg zum Einstieg“** beim Bundesarbeitsministerium. Doch solche „Hau-Ruck-Aktionen“ schädigen bewährte Strukturen. Für kompetente und kontinuierliche Arbeit brauchen Anti-Nazi-Initiativen Planungssicherheit.

- Mündliche Frage von Monika Lazar an die Bundesregierung (Plenarprotokoll vom 23.01.2009, BT-DS 16/11715)
- Pressemitteilung „Endlich finanzielle Hilfe für EXIT-Deutschland!“, 21.01.2009, http://www.monika-lazar.de/fileadmin/lazar_layout/pm/wp16/PM_21_01_2009_2.htm
- Pressemitteilung „Aussteigerinitiative EXIT auch künftig unverzichtbar“, 10.09.2008, http://www.monika-lazar.de/fileadmin/lazar_layout/pm/wp16/PM_10_09_2008.htm
- Pressemitteilung „Zivilgesellschaft bankrott – Nazi-Aussteiger ohne Ansprechpartner? ZDK finanziell solide absichern!“, 05.10.2006, http://www.monika-lazar.de/fileadmin/lazar_layout/pm/wp16/PM_05_10_2006.htm

Praxisnahe Bundesprogramme schaffen

Eine Streichung oder Kürzung der Finanzmittel, wie die CDU/CSU sie gern gehabt hätte, konnten wir verhindern. Allerdings sehen wir bei den Bundesprogrammen erheblichen inhaltlichen **Änderungsbedarf**. Fortlaufend tauschen wir uns mit Fachleuten und Engagierten darüber aus. In parteien- und ebenenübergreifenden Fachgesprächen befassten wir uns mit Problemen und Lösungsansätzen. Dabei zeigte sich, dass die Programme in der von der Koalition beschlossenen Form den **Anforderungen der Praxis** nicht entsprechen. Gefordert wurde u.a.:

- strukturelle Gleichberechtigung zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft,
- mehr Einfluss auf die Programmentwicklung und –gestaltung für Fachleute,
- verbindliche Qualitätsrichtlinien für solche Beteiligungsprozesse,
- Reduzierung des bürokratischen Aufwands für die Initiativen,
- Wiedereinführung eines direkten Antragsrechts für alle Träger,
- eine dauerhafte, institutionelle Förderung für bewährte Initiativen,
- die teilweise geforderte Kofinanzierung so anzupassen, dass auch kleine Träger die Chance auf Förderung nutzen können,
- bei der Evaluierung der aktuellen Programme die Ergebnisse der früheren rot-grünen Programme Civitas und entimon vollständig einzubeziehen.

Fachgespräch am 7. Februar 2008 im Deutschen Bundestag

- Publikation unserer Fraktion: Reader „Die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus – Eine Bestandsaufnahme“, http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/230/230851.reader_bundesprogramme_gegen_rechtsextre.html
- Weitere Infos: http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/dok/219/219547.bundesprogramme_gegen_rechtsextremismus.html

Fachgespräch am 26. Juni 2006 im Deutschen Bundestag

- Publikation unserer Fraktion: Reader „Wie weiter im Kampf gegen Rechtsextremismus? – Inhaltliche und finanzielle Perspektiven der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“, http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/203/203679.reader_rechtsextremismus.html
- Weitere Infos: http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/dok/137/137557.wie_weiter_im_kampf_gegen_rechtsextremis.html

Infotour „Zwischen Abwicklung und Neuorientierung – kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus“

Ende 2006 führte Monika Lazar mehrere Fachgespräche vor Ort durch, in denen sie über die geänderten Bundesprogramme Auskünfte gab. Dazu reiste sie nach Salzwedel (Sachsen-Anhalt), Eisenach (Thüringen), Bernsdorf (Sachsen), Lübtheen (Mecklenburg-Vorpommern) und Wittenberge (Brandenburg). Zu diesem Zeitpunkt herrschte große Unsicherheit bei den lokalen Initiativen, da seitens der Bundesregierung keinerlei Informationen herausgegeben wurden.

- Weitere Infos: http://www.monika-lazar.de/fileadmin/lazar_layout/termine_infotour2_2006.htm

Parlamentarische Initiativen für bessere Programme

- Antrag „Bundesmittel nicht verschwenden – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus nachhaltig fördern“ (BT-DS 16/4408)
- Antrag „Rechtsextremismus ernst nehmen – Bundesprogramme Civitas und entimon erhalten, Initiativen und Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit langfristig absichern“ (BT-DS 16/1498)
- Kleine Anfrage „Ausschreibungspraxis beim Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ (BT-DS 16/9519, Antwort BT-DS 16/9702)
- Kleine Anfrage „Umsetzung des Bundesprogramms „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ (BT-DS 16/6696, Antwort 16/6871)
- Kleine Anfrage „Lokale Aktionspläne und Kriseninterventionen – eine Bewertung der Zusammen- arbeit von Bund und Ländern im Kampf gegen den Rechtsextremismus“ (BT-DS 16/5511, Antwort BT-DS 16/5591)
- Kleine Anfrage „Verantwortliches und abgestimmtes Handeln von Bund und Land Sachsen-Anhalt gegen Rechtsextremismus“ (BT-DS 16/3244, Antwort BT-DS 16/3518)

Überfraktionell gegen Antisemitismus

Judenfeindlichkeit zählt zu den zentralen Bestandteilen rechtsextremer Ideologien. Im Antisemitismus sind sich Nazis einig, ob sie nun zu NPD, Vereinen oder Freien Kräften gehören. Im November 2008 beschloss der Deutsche Bundestag einen Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen Antisemitismus. Dort wird u.a. gefordert, durch politische Bildung antisemitischen Ressentiments gezielter entgegenzuwirken, auch in den Schulen. Zudem soll die Bundesregierung ein **Expertengremium** beauftragen, regelmäßig einen **Bericht über Antisemitismus** in Deutschland zu erstellen und Empfehlungen zu geben. Es ist zu begrüßen, dass hier eine gemeinsame Positionierung von Regierung und Opposition stattfand.

- Antrag „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“ (BT-DS 16/10775)
- Große Anfrage „Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus“ (BT-DS 16/11278)
- Weitere Infos: http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/dok/275/275658.antisemitismus_gemeinsam_entgegengetreten.html

Gegen Gewalt und Intoleranz im Fußballsport

Fußball bedeutet Spaß, Spannung und sportlichen Wettkampf. Andererseits bringt er auch viele Negativschlagzeilen: Fankrawalle, Gewalt, Rassismus, antisemitische Schmähungen. Wir wollen, dass dieser weltweit populäre Sport das friedliche **Miteinander in Vielfalt** fördert und zur **Integration** in unserem Land beiträgt. Auch der DFB erkennt die Probleme und hat bereits wichtige Initiativen angeregt. In der Veranstaltungsreihe „Rote Karte für Gewalt und Intoleranz im Stadion“ tauschten sich

grüne Abgeordnete mit AkteurInnen aus Sport, Sicherheitsbehörden, Verwaltung und Politik darüber aus, wie diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe noch besser gelöst werden kann. In einem Antrag haben wir danach die Bundesregierung aufgefordert, ihren Teil dazu beizutragen.

- Antrag „Alle Formen von Diskriminierungen thematisieren – Bürgerrechte von Fußballfans stärken – Für einen friedlichen und integrativen Fußballsport“ (BT-DS 16/12115)
- Weitere Infos: http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/dok/253/253708.rote_karte_fuer_gewalt_und_intoleranz_im.html

Polizeiarbeit gegen Rechtsextremismus

Wie schwer polizeiliche Fehler wiegen können, zeigte sich beispielsweise 2007 nach einem rechtsextremen Überfall auf eine Gruppe von Schauspielern in Halberstadt. Dort ließ die Polizei den Hauptverdächtigen, einen stadtbekanntem Neonazi, zunächst laufen. Das zeigt: Motivation und Ausbildung der Polizei hinsichtlich der Verfolgung rassistischer Umtriebe müssen verbessert werden. An einschlägigen Szenetreffs sollten sie mehr präsent sein. Um Opfer zu schützen und Nazis an Aktionen zu hindern, müssen **Prävention und Repression Hand in Hand** gehen. Mit diesem Ziel wollen wir die Polizei beobachten und unterstützen. Uns interessiert, wie sie vor Ort mit Rechtsextremismus umgeht. Wolfgang Wieland, Undine Kurth und Monika Lazar traten dazu mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Stellen in Austausch und besuchten Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg.

Berichte über die Stationen: http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/dok/201/201081.die_gruenen_auf_polizeitour.html

Nazis raus – TouristInnen rein!

Deutschland soll ein weltoffenes Reiseland sein, in dem sich Gäste aus aller Welt wohl und sicher fühlen. Doch rechtsextreme Gewalttaten und Wahlerfolge sowie Alltagsrassismus schrecken ab. Nicht nur von ausländischen Menschen, sondern auch von deutschen Reisenden werden bestimmte Regionen in Deutschland gemieden. Das schadet dem Ansehen unseres Landes, gefährdet Menschen, die nicht in „Nazi-Normen“ passen, und bringt dem Tourismus hohe finanzielle Einbußen. Angesichts dieser Entwicklungen veranstalteten die grünen Abgeordneten Monika Lazar und Bettina Herlitzius am 20. Juni 2008 das **Fachgespräch „Erholung in Deutschland – nur für Deutsche?“**. Die Resonanz war groß, das Publikum vielfältig. Aus Tourismuswirtschaft, Politik, Wissenschaft, Initiativen und interessierter Bevölkerung kamen Menschen zusammen, analysierten gemeinsam die Probleme und brachten ihre jeweils spezifischen Blickwinkel ein. Tourismus kann durch seine internationale Ausrichtung eine **Vorreiter- und Vorbildwirkung für mehr Vielfalt und Gastfreundschaft** entfalten. Im Fachgespräch wurden dazu viele Vorschläge zusammengetragen.

- Weitere Infos zu den Veranstaltungsinhalten: http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/dok/240/240456.erholung_in_deutschland_nur_fuer_deutsche.html

- Artikel „Sehr einladend?“ auf der Internetplattform „Mut gegen rechte Gewalt: <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldungen/rechtsextremismus-und-tourismus/>

Kräfte bündeln: grüne Bund-Länder-Treffen

Angesichts des bundesweiten Rechtsextremismus ist **Vernetzung** demokratischer Kräfte sehr wichtig. Deshalb lädt Monika Lazar als Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus seit 2006 zu grünen Bund-Länder-Treffen ein. Dort wird diskutiert über rechtsextreme Erscheinungsformen, Entwicklungen, aktuelle Vorfälle, historische Bezüge und grüne Strategien. Dabei wirken VertreterInnen aus verschiedenen Ebenen von Politik und Zivilgesellschaft zusammen. ExpertInnen geben ihre Forschungen und praktischen Erfahrungen weiter und bieten so wertvolle Anregungen zur politischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.

- Weitere Infos: http://www.monika-lazar.de/fileadmin/lazar_layout/themen_16_bltreffen.htm

Infotour zu zivilgesellschaftlichen Initiativen

Rechtsextremismus ist in Ostdeutschland oft besonders sichtbar – durch viele Wahlerfolge ebenso wie durch rassistische Gewalttaten. Doch gibt es dort auch sehr qualifizierte und mutige Initiativen, die **zivilgesellschaftlichen Widerstand** leisten. Monika Lazar besuchte 2006 in allen fünf neuen Bundesländern viele von ihnen und informierte sich über ihre Arbeit. Dabei fanden auch Treffen mit zahlreichen KommunalpolitikerInnen statt, denn das gemeinsame Vorgehen von Bund, Länder und Gemeinden ist eine **ebenen- und parteiübergreifende Verantwortung**. Im Jahr 2007 wurde die erfolgreiche Tour in den alten Bundesländern fortgesetzt.

- Weitere Infos Tour Ostdeutschland: http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/dok/123/123810.initiativen_gegen_rechts.html
- Weitere Infos Tour Westdeutschland: http://www.monika-lazar.de/fileadmin/lazar_layout/termine_infotour_2007.htm

Demokratie für Dörfer und Städte!

Nazi-Parteien und -Organisationen agieren nach dem Motto: „Von den Dörfern in die Städte“. Sie sehen in ländlichen Regionen eine gute Ausgangsbasis zur Verbreitung ihrer Ideologie und Lebensweise. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen wollte die Entwicklung genauer erforschen und gab eine Studie in Auftrag. Mit dem Titel **„Grenzen lokaler Demokratie – Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum“** wurde die Studie im Juni 2007 öffentlich vorgestellt. Sie belegt: Abweichende Meinungen werden in ländlichen Räumen kaum toleriert. Das Problem liegt im Denken großer Bevölkerungsteile, nicht im Handeln „extremer Randgruppen“. Unabhängig von Bildung, Alter, Geschlecht oder sozialem Status trifft man in Deutschland auf **hohe Zustimmung zu rassistischen und antisemitischen Einstellungen**. In ländlichen Regionen, in denen eine Vielfalt von Angeboten häufig fehlt, treten die Erscheinungsformen verstärkt zutage. Alternative Initiativen haben oft einen schweren Stand. Hier existiert ein **Demokratiedefizit**. Im

ländlichen Raum ist daher das Engagement der BürgermeisterInnen von besonderer Bedeutung.

- Infos zur Studie: http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/dok/187/187674.grenzen_lokaler_demokratie.html
- Reader zur Studie „Grenzen lokaler Demokratie – zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum“: http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/203/203637.reader_grenzen_lokaler_demokratie_zivilr.html

Weitere Informationen

Beschluss „Rechtsextremismus bekämpfen – Demokratische Kultur stärken“:
http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/dok/158/158258.mit_kultur_gegen_rechts.html

Publikation unserer Fraktion: Broschüre „Extrem gegen Rechts – Vielfalt als Chance für Deutschland“: http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/157/157939.flyer_extrem_gegen_rechts.html

Themenrubrik Rechtsextremismus auf der Fraktionshomepage:
<http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/rubrik/1/1129.rechtsextremismus.html>

Homepage Monika Lazar
www.monika-lazar.de